



JAHRESBERICHT 2000/2001

**Verein der
Bayerischen
Chemischen
Industrie e. V.
VBCI**

**Verband der
Chemischen
Industrie e. V.
Landesverband
Bayern**

Innstraße 15, 81679 München
Telefon 089/92 69 10, Telefax 089/9 26 91 33

Tarifpolitik – Quo vadis ?

Eine Hypothek für die Tarifautonomie insgesamt hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Juni 2001 geschaffen. Mit seinem Urteil zum Bundesurlaubsgesetz legitimierte das oberste Gericht die Anrechnung von Urlaubstagen auf Kurzeiten und hielt einen Verstoß gegen die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie für nicht gegeben. Das Grundgesetz verleihe – so das BVerfG – den Tarifvertragsparteien nur ein Normsetzungsrecht, aber kein Normsetzungsmonopol. Der Gesetzgeber bleibe befugt, das Arbeitsrecht zu regeln. Damit verbundene Beeinträchtigungen der Tarifautonomie seien verfassungsgemäß, wenn der Gesetzgeber mit ihnen den Schutz der Grundrechte Dritter oder anderer mit Verfassungsrang ausgestatteter Belange bezweckt und wenn sie den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahren. Ein hoher Beschäftigungsstand und die finanzielle Stabilität der Sozialversicherung seien zum Beispiel Gemeinwohlbelange von hohem Rang, die einen Eingriff in die Tarifautonomie rechtfertigten. Damit erteilen die obersten Richter dieses Landes dem Gesetzgeber eine Befugnis zur Intervention in das Geschäft der Tarifvertragsparteien – es ist somit auch das Tor geöffnet für die sogenannten Tariftreueerklärungen im Vergaberecht. Wenn zum Beispiel nach der EU-Osterweiterung ohne Übergangsfristen ausländische Arbeitnehmer mit gravierend niedrigerem Entgeltniveau den deutschen Arbeitsmarkt überschwemmen würden, wäre keine Arbeitsmarktbalance mehr gegeben – nach der Entscheidung des BVerfG könnte dann unter Hinweis auf das Gemeinwohl in die Tarifautonomie eingegriffen werden.

Die grundgesetzlich äußerst bedenkliche Generalvollmacht für den Gesetzgeber, die den Tarifvertragsparteien überantworteten Materien zu regeln, hatten auch die Richter des Bundesarbeitsgerichts als gravierend eingestuft und deswegen anderes entschieden – leider ohne Erfolg.

Mit der Fusion von ÖTV, DAG, HBV, Postgewerkschaft und IG Medien zur neuen Organisation "ver.di" ist die größte Gewerkschaft in der Bundesrepublik entstanden. In zukünftigen Tarifrunden wird "ver.di" zwar weiterhin in 13 Fachbereichen Tarifverhandlungen führen, wie sie früher in die Kompetenz der genannten 5 Gewerkschaften fiel. Aber nach der für "ver.di" gültigen Satzung werden fachbereichs-übergreifende Fragen zu tarifpolitischen Zielvorstellungen entwickelt, die für die Tarifkommissionen verbindlich sind. Der Bundesvorstand als Exekutive von "ver.di" hat unmittelbares Eingriffsrecht in die Tarifpolitik, entscheidet über Urabstimmungen und Arbeitskampfmaßnahmen. Damit ist eine schwierigere Gangart der Tarifpolitik in der Zukunft prognostizierbar: "ver.di" wird unter dem Grünen-Vorsitzenden Bsirske zentral steuernd und aggressiv tarifpolitisch tätig sein.

Ein gefährlicher Sprengsatz für die unmittelbar bevorstehende Tarifrunde 2002 ist der Abschluss für die Lufthansa-Piloten, der mit rd. 28 % eine exorbitante Höhe erreicht und bei den Arbeitnehmern der anderen Branchen Begehrlichkeiten wecken muss. Der Abschluss für die Piloten stellt für alle anderen Industriesparten eine Gefahr dar, da sich weitere Einzelgruppierungen bilden könnten, die, wie die Piloten, infolge ihrer Spezialisierung betriebs- und volkswirtschaftlich unverantwortlich hohe Tarifabschlüsse erzwingen. Deswegen dokumentiert der Lufthansa-Tarifvertrag auch die Vorzüge des Flächentarifvertrages.

Konjunktur-Prognose revidiert

Das Jahr 2000 kann als gutes Jahr für die bayerische chemische Industrie bewertet werden. Der Umsatz wuchs im Jahresdurchschnitt um 9,4% auf 21,9 Mrd. DM, der Auslandsumsatz mit 10,6 Mrd. DM um fast 17%. Allerdings erreichte Bayern damit nicht den Umsatzzuwachs von 12% der Chemie auf Bundesebene. Die Produktion lag um rund 3% höher als 1999. Neben der guten konjunkturellen Lage der Gesamtwirtschaft hatten weitere Effekte Einfluss auf den Umsatz. Zum ersten Mal seit 1995 wirkte sich eine deutliche Preiskomponente positiv aus. Der schwache Euro sorgte für einen zusätzlichen Währungseffekt bei den Geschäften. Die Euro-Schwäche führte allerdings auch zu Preissteigerungen für Rohöl und seine Folgeprodukte. Vom Aufschwung der gesamten deutschen Wirtschaft profitierten vor allem die Sparten der bayerischen chemischen Industrie, die Erzeugnisse zur industriellen Weiterverarbeitung herstellen.

Ein Umsatzplus erzielten u.a. die organischen Grundstoffe und Chemikalien mit 17,8%, die Kunststoffe in Primärform mit 13%, die Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte mit 16,5%, die chemischen Erzeugnisse mit 16,4% und die Duft- und Körperpflegemittel mit 12,2%. Etwas unterdurchschnittlich wuchsen die Chemiefasern mit 7,9%, die einen Produktionsschwerpunkt in Bayern darstellen, während Arzneimittel um 0,6% leicht zurückgingen. Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel verloren 15% an Umsatz.

Auf die Beschäftigung wirkte sich die insgesamt positive Entwicklung ebenfalls aus. In der bayerischen chemischen Industrie arbeiteten im Jahresdurchschnitt rund 59.350 Mitarbeiter, was einer Steigerung um 0,6% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Bundesweit reduzierte sich in der chemischen Industrie die Beschäftigtenzahl um 1,5%.

Bei geringfügigen Rückgängen im Februar und März verhalf nur der positive Januar dem 1. Quartal der bayerischen Chemie zu einem Umsatzplus von 4%, dabei konnte der Auslandsumsatz noch überproportional um 6,7% gesteigert werden. Die Zahl der Beschäftigten erreichte knapp 60.500, also 1,9% mehr als im Vorjahresschnitt.

Die Erzeugerpreise für chemische Produkte lagen im 1. Quartal 2001 rund 5% höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dies wird überwiegend als Reflex der Rohölpreisentwicklung gesehen. Dabei konnten die Verkaufspreise aber keinen Ausgleich für die zum Teil dramatischen Preissteigerungen auf der Beschaffungsseite herbeiführen. Dies ist ein Grund dafür, dass in 2001 die Gewinnmargen der chemischen Industrie unter Druck stehen. So musste vor einigen Tagen die BASF eine Gewinnwarnung verkünden. Für die Schwächephase ist ferner die starke Abschwächung der US-Konjunktur verantwortlich. Aber auch Japans Wirtschaft kränkelt, ebenso die stark von den USA abhängigen aufstrebenden asiatischen Staaten.

Neue Belastungen stehen den mittelständischen Unternehmen ins Haus. Die im sog. Basel-II-Übereinkommen festgelegten Kreditbedingungen für Unternehmen bedingen ein Ranking durch die Banken u.a. hinsichtlich des Managements. Dies führte bereits zu ersten Verteuerungen von Krediten für diese Unternehmen. Gleichzeitig greift auch die von der chemischen Industrie mehrfach kritisierte steuerliche Benachteiligung von mittelständischen Unternehmen bei der Verbesserung der Eigenkapitalausstattung – ein klarer Fehler der Steuerreform 2000.

Sicherheit beim Umgang mit ihren Produkten ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Arbeit in der chemischen Industrie. Dazu hat sich die Branche auch durch das Programm "Responsible Care" (Verantwortliches Handeln) verpflichtet. In diesem Sinne beurteilt die Branche den europäischen Ansatz, wie er im Weißbuch zur zukünftigen Chemikalienpolitik beschrieben ist, in wesentlichen Punkten durchaus positiv, so die Gleichbehandlung von alten und neuen Stoffen sowie die Rückverlagerung von Verantwortung auf Hersteller und Anwender von Chemikalien.

Richtig ist, dies wird von der chemischen Industrie auch so gefordert und vertreten, statt einer unreflektierten reinen Gefährlichkeitsbeurteilung einzelner Stoffe die Anwendungen zu beurteilen. Entscheidend aber ist bei der Realisierung richtiger Zielvorgaben die Kosteneffizienz und die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Ein umfangreiches, bürokratisches und kostenträchtiges Zulassungsverfahren für sog. CMR-Stoffe (cancerogen, mutagen, reproduktionstoxisch) sowie für sog. POP-Stoffe (schwer abbaubare organische Stoffe) entspricht diesen dringend gebotenen Vorgaben nicht. Es scheint nicht nur aus Sicht der chemischen Industrie, sondern auch nach Ansicht der bayerischen Fachbehörden entbehrlich. Eine in die Diskussion gebrachte Herabsetzung der im Weißbuch vorgesehenen Mengenschwellen für die umfangreicheren Datenerhebungen würde zu äußerst negativen Auswirkungen auf einzelne Produkte führen. Das jetzt vorgesehene Procedere bei Produkten, die nur in wenigen Tonnen vermarktet werden, hätte Untersuchungs- und Anmeldekostenbelastungen in Höhe bis zu einem Mehrfachen des derzeitigen Produktpreises zur Folge.

Die Produktion verschiedener Chemikalien würde sich nicht mehr rechnen - auch Innovationen beim Einsatz von Chemikalien würden gehemmt, da bei Neuanwendungen wieder neue Prüfungen und Gebühren fällig würden. Noch vollkommen offen sind nach derzeitigem Stand Fragen des Know-how-Schutzes und die finanzielle Abgeltung für die Inbezugnahme auf Daten eines "Vorausmelders".

Der Landesverband hat sich bereits in einem frühen Stadium mit den Zielen sowie Inhalten des Weißbuchs auseinander gesetzt und in vielen politischen Gesprächen, u.a. mit Europa-Parlamentariern auf eine wirtschaftsverträgliche Ausgestaltung der europäischen Chemikalienpolitik gedrängt.

Wirtschaftsverträglich bedeutet auch, dass die nicht der chemischen Industrie zuzuordnenden Kunden durch die Anmeldeverfahren weder fachlich noch finanziell überfordert werden, noch, dass sie ihr spezifisches Know-how preisgeben müssen, wenn sie ihre speziellen Anwendungen von Chemikalien anmelden. In Deutschland sind mehr als 25 % der Chemieproduktion in der Europäischen Union angesiedelt. Die Bundesregierung hat sich deshalb pointiert und äußerst nachhaltig für die High-Tech-Branche Chemie zu engagieren. Bislang hat man das Feld ziemlich widerstandslos der schwedischen EU-Umweltkommissarin Wallström überlassen, die aus einem Land kommt, in dem die chemische Industrie nur eine völlig untergeordnete Rolle in der Gesamtwirtschaft einnimmt.

Das vorliegende Weißbuch schießt über das Ziel, ein europaweit einheitliches System zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Alt- und Neustoffen zu installieren, in finanzieller und bürokratischer Hinsicht hinaus und vernachlässigt die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze.

Wirtschaftspolitische Aktivitäten

Am 23. Oktober 2000 wurde der neue "Umweltpakt Bayern - Nachhaltiges Wirtschaften im 21. Jahrhundert" unterzeichnet. Dem Pakt, in dem sich der Landesverband Bayern des VCI federführend mit einbrachte, gingen intensive interne Beratungen wie auch Abstimmungen mit anderen Branchen voraus. Neben vielen, von den Mitgliedsfirmen individuell zugesagten Einzelleistungen für zusätzliche Maßnahmen im Umweltschutz und in der Anlagensicherheit beteiligten sich am Umweltpakt eine Reihe von VCI-Unternehmen auch durch die Realisierung des Responsible Care-Konzepts der chemischen Industrie. Vereinbart wurden zahlreiche Gemeinschaftsprojekte zwischen Staat und Wirtschaft, die neben Verbesserungen im Umweltschutz Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung zum Ziel haben. Von staatlicher Seite wurde u.a. ein Kostensenkungsprogramm der Gebühren bei Verwaltungsverfahren für Standorte mit Öko-Audit zugesagt.

Der "Expertendialog Umwelt VCI/vbw" arbeitete auch unter Berücksichtigung neuer EU-Richtlinien weiter an Deregulierungskonzepten, z. B. zum Abgleich der Meldepflichten zur Umwelt im Statistikwesen und in der allgemeinen Verwaltung. Der Expertendialog erwies sich auch als erfolgreicher "trouble shooter" für einzelne Problemfälle, insbesondere im Verwaltungsvollzug. Die vielfältigen Kontakte zu Behörden und Unternehmen waren auch Grundlage zahlreicher abgestimmter Interventionen des Verbandes, so z. B. zum Artikel-Gesetzentwurf zur Umsetzung der "EU-Richtlinie IVU" (Integrierte Vermeidung von Umweltbelastungen) und der "Änderungsrichtlinie UVP" (Umweltverträglichkeitsprüfung).

Weitere Themenschwerpunkte waren die Umsetzung der sog. Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutz-Richtlinie der EU, der verschiedenen, dem Gewässerschutz dienenden EU-Richtlinien und der Vollzug der neuen Störfall-Verordnung, zu der Vollzugshinweise gemeinsam mit den zuständigen Ministerien erarbeitet wurden.

Mit diesen und weiteren umweltrelevanten Komplexen befasste sich der "Arbeitskreis Umweltfragen", zunächst unter Leitung von Dr. Ernst Sommer, der am 9.9.2000 verstarb, und ab Spätherbst 2000 unter der Leitung von Dr. Horst Kutzer.

Der "Arbeitskreis Energiepolitik" des Landesverbandes setzte sich unter Leitung von Volker Woyke mit der Liberalisierung des Gasmarktes und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten für die Mitgliedsfirmen auseinander und führte dazu Erhebungen durch. Er widmete ferner dem Thema "emissions trading" große Aufmerksamkeit.

Der Landesverband Bayern des BPI engagierte sich umfassend unter dem Vorsitzenden Werner Sassenrath u.a. in der Aktionswoche des BPI gegen die Positivliste. So fanden Gespräche mit Repräsentanten verschiedener Organisationen im sozial- und gesundheitspolitischen Sektor statt. Folge von Gesprächen mit bayerischen Parlamentariern waren vier Landtagsanträge, die die Staatsregierung zu Maßnahmen im Bundesrat gegen die Einführung einer Positivliste für verordnungsfähige Arzneimittel aufforderten.

Die Bezirksgruppe Bayern des Verbandes der Lackindustrie führte unter dem Vorsitzenden Berndt Fritzsche, ihre traditionellen Stammtische zur aktuellen Information und Aussprache der Mitgliedsfirmen fort, ebenso wie die Reihe der sog. Technischen Stammtische, in denen Fachfragen der Lackherstellung und des Umweltschutzes im Mittelpunkt stehen.

Mittelstandsfeindliche Gesetzesflut

Das Jahr 2001 kann schon nach 6 Monaten als negativer Meilenstein in der deutschen Gesetzgebung eingestuft werden. Die neuen arbeitsrechtlichen Gesetze sind handwerklich unsauber konstruiert, bürokratisch, kostenintensiv und in den Betrieben nur äußerst schwer umsetzbar, damit insbesondere für kleinere und mittlere Firmen nicht praktikabel.

Wurden zu Beginn der Legislaturperiode durch das Korrekturgesetz Erleichterungen im Kündigungsschutz und im Bereich der Entgeltfortzahlung zurückgenommen sowie das Recht der geringfügig Beschäftigten und der Scheinselbständigen neu geordnet, so enthalten die in diesem Jahr in Kraft getretenen oder tretenden Gesetze eine Vielzahl von Neuregelungen, die einen flexiblen, reibungslosen Betriebsablauf nachhaltig erschweren, die Kosten für die Firmen erhöhen und Investitionen sowie Neueinstellungen zumindest hemmen, vielleicht sogar verhindern.

So novellierte man das Bundeserziehungsgeldgesetz, dessen Kernpunkte die Ausweitung der Elternzeit auf Teilzeit für Vater und Mutter, die Einräumung eines Anspruchs des elternzeitberechtigten Arbeitnehmers auf bis zu 30 Stunden pro Woche sowie die Ausweitung des Kündigungsschutzes für die Arbeitnehmer in Elternzeit sind. Dem Arbeitnehmer wird hier ein Höchstmaß an flexibler Gestaltung seiner Arbeitszeit eingeräumt, während der Arbeitgeber nur noch äußerst schwer eine vernünftige Personalplanung für die Abwesenheit in der Elternzeit realisieren kann.

Es trat am 1. Januar 2001 ein neues Teilzeit- und Befristungsgesetz in Kraft, das Ansprüche und Rechte des Arbeitnehmers beinhaltet, die weit über die europäischen Bestimmungen hinausgehen. Mit dem neuen Gesetz wurde auch das Beschäftigungsförderungsgesetz aufgehoben. Damit sind befristete Verträge ohne Sachgrund für eine Dauer von zwei Jahren nur noch bei Neueinstellungen möglich. Außerdem wurde ein einklagbarer Anspruch des Arbeitnehmers auf Teilzeitarbeit nach seinen Vorstellungen eingeführt, wobei der Arbeitgeber nur aus betrieblichen Gründen widersprechen kann.

Im Zuge der Novellierung des Schwerbehindertengesetzes wurde ein Teilzeitanspruch des Schwerbehinderten verankert, ein Klagerecht auf behinderungsgerechte Zuweisung und Einrichtung des Arbeitsplatzes sowie eine umfassende und bürokratische Prüfung mit Meldepflichten gegenüber dem Arbeitsamt bei der Besetzung freier Arbeitsplätze.

Seit dem "4. Euro-Einführungsgesetz" gilt zur Ermittlung des beitragspflichtigen Entgelts bei flexiblen Arbeitszeitregelungen das sogenannte "Summenfelder-Modell" – allein zu dessen Umsetzung verfassten die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung ein 78-seitiges Rundschreiben.

Und das gerade verabschiedete neue Betriebsverfassungsgesetz erhöht die Zahl der Betriebsratsmitglieder und der freigestellten Betriebsräte, weitet Mitbestimmungsrechte beim Umweltschutz und betrieblicher Weiterbildung aus, verursacht Zusatzkosten und erschwert das Miteinander in den Betrieben.

Bewertet man die einzelnen neuen Gesetze für sich, so sind die Auswirkungen schon bedenklich, aber noch verkraftbar. Beurteilt man aber das gesamte Konglomerat, so ist die Gesetzesflut mit diesem Inhalt eine Katastrophe für den Standort Deutschland und für den die Wirtschaft maßgeblich tragenden Mittelstand. Rot/Grün zielt auf einen Abbau der Arbeitslosigkeit – das geballte Werk der gesetzlichen Neuregelungen bewirkt genau das Gegenteil!

Steigender Fachkräfte-Bedarf

Die Firmen suchen heute auf allen Ebenen qualifiziertes Personal, aber viele Stellen bleiben unbesetzt, da die Anforderungsprofile in der erforderlichen Anzahl nicht erfüllt werden. Besonders schwierig ist die Situation in den Ingenieur- und IT-Berufen - aber auch Aktionen wie Green- oder Blue-Card brachten hier keine spürbare Entlastung. Der Geburtenrückgang wird die Situation zunehmend verschärfen - intensivstes Vorsorgen ist geboten.

Angebot und Nachfrage bei den Auszubildenden sind unter dem Aspekt der angebotenen Plätze positiv zu bewerten. Im Jahr 2000 entfielen in den alten Bundesländern 102 Lehrstellen auf je 100 Bewerber - in Bayern können sich 100 Bewerber zur Zeit 120 Stellen aussuchen. Die chemische Industrie Bayerns hat ihre Ausbildungskapazitäten ausgeweitet: Die Mitgliedsfirmen bildeten im Jahr 2000 gut 6 % mehr Lehrlinge aus als im Jahr zuvor. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Firmen eigentlich mehr junge Leute in die Ausbildung aufnehmen wollten. So sind für Chemikanten in Bayern 189 Stellen gemeldet worden, davon sind aber 56 noch nicht besetzt. Bei den Chemielaboranten sind von 230 gemeldeten Stellen noch 25 unbesetzt.

Der notwendige Bedarf an qualifizierten Fachkräften ist der Themenkomplex für den seit über 30 Jahren bestehende "Arbeitskreis Berufsausbildung", derzeit unter Vorsitz von Dr. Michael Wieser. Experten aus Bayern haben bei der anforderungsgerechten Neugestaltung der Chemie-Laborberufe im Jahr 2000 und der Produktionsberufe im Jahr 2001 maßgeblich auf Bundesebene mitgearbeitet. Der Verband unterstützt die Firmen bei der Rekrutierung von Auszubildenden mit der Aktion "Chemie 4 you" und der Veröffentlichung der Ausbildungsangebote der Mitgliedsfirmen in einem Verzeichnis, das auch im Internet abrufbar ist.

Mit dem Slogan "Chemie 4 you" begann im November letzten Jahres von allen Chemie-Arbeitgeberverbänden in Deutschland eine Ausbildungsinitiative, mit der sie die neu geordneten Ausbildungsgänge in der Chemie vorstellen und auf das vielfältige Ausbildungsangebot der Branche aufmerksam machen. Auf fünf eigens konzipierten "Foldern" werden der Chemie-, der Biologie- und der Lacklaborant sowie der Chemikant und der Pharmakant vorgestellt. Naturwissenschaftlich-technisch interessierte Schüler sollen für eine berufliche Karriere in der chemischen Industrie einschließlich der Kunststoff-, Kautschuk- und Mineralöl-Industrie ebenso wie für die Pharma- und die aufstrebende bio- und gentechnische Industrie gewonnen werden.

Außerdem ist die "Bildungsinitiative Chemie" angelaufen, die VCI, BAVC und IG BCE gemeinsam tragen. Sie hat das Ziel, den naturwissenschaftlichen und ökonomischen Unterricht an den allgemein bildenden Schulen zu fördern. Auch damit soll der Nachwuchs für die Chemieberufe gewonnen werden. Auf Landesebene soll die Initiative mit eigenen Veranstaltungen bei den zuständigen Ministerien, Behörden und Interessenvertretern ansetzen.

Der beruflichen Aus- und Weiterbildung kommt eine Schlüsselfunktion für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben unserer Industrie zu. Die Dynamik der technischen und wirtschaftlichen Veränderungen und die zunehmend internationale Ausrichtung erfordern eine breite Palette zeitlich lang angelegter Aktionen und Aktivitäten, um den Standort für die Chemie zu sichern.

Es ist noch nicht allzu lange her, da dominierten die Themen Umweltschutz und Sicherheit die Diskussionen in der Gesellschaft, die Öffentlichkeitsarbeit der chemischen Industrie war mehr defensiv geprägt, man reagierte mehr als man agierte. Inzwischen sind Standortsicherung und -stärkung sowie zukünftige Fachkräftesicherung auf allen Ebenen dominante Themenkomplexe. Die Öffentlichkeitsarbeit hat sich deshalb darauf zu fokussieren, sowohl genügend Auszubildende für die Branche zu interessieren und zu gewinnen, wie auch die äußerst umfangreichen Beschäftigungsmöglichkeiten der chemischen Industrie aufzuzeigen. Das Image der Branche hat sich deutlich verbessert: Nach Umfragen sehen 60 % der Befragten die Chemie inzwischen positiv, sogar 70 % der "Entscheider". Aber trotzdem ist der Kenntnisstand über die chemische Industrie als Schlüsselindustrie für das gesamte Leben und für die meisten Industriesparten sowie ihre damit garantierte Zukunftsfähigkeit unzureichend - hier gilt es, dauerhaft anzusetzen.

Der "Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit" unter der Leitung von Matthias Baltisberger befasst sich mit diesen Entwicklungen und den daraus resultierenden Konsequenzen. Um junge Leute als potentielle Mitarbeiter anzusprechen, muss es gelingen, die chemische Industrie als die High-Tech-Industrie für die notwendigen Innovationen der Zukunft bewusst zu machen. Die in Kürze fertig gestellte neue Auflage unserer Ausbildungsbroschüre beinhaltet 63 Ausbildungsmöglichkeiten in den bayerischen Chemieunternehmen.

Ein sehr erfolgversprechender, wenn auch zeitaufwendiger Weg zu den jungen Leuten führt über die Lehrer - der Kontakt zu ihnen ist daher seit Jahren ein wichtiges Anliegen der Öffentlichkeitsarbeit. Vertreter verschiedener Schulararten werden in den Kreis der PR-Beauftragten eingeladen, um auf möglichst vielen Ebenen die Sicht und die Argumentation der Branche zu platzieren. Die bisherigen Felder der Zusammenarbeit und des Dialogs mit den Lehrern, z.B. die Fortbildungsseminare für Chemielehrer und Wirtschaftspädagogen, werden fortgesetzt. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Chemielehrer an Realschulen. Das neue Programm des Fonds der Chemischen Industrie wird es uns in den nächsten Jahren erlauben, diese Aktivitäten noch zu verstärken.

Mitarbeiter kann man am besten mit Technologien der Zukunft gewinnen. Bayern hat hier erfreulicherweise Möglichkeiten, die chemische Industrie von der Assoziation mit "old economy" zu befreien: die Zentren der Biotechnologie im Großraum München / Martinsried und Weihenstephan, in Regensburg sowie des Verbundes Würzburg / Erlangen / Bayreuth stellen ein vielversprechendes Potential dar, dessen Attraktivität für zu gewinnende Mitarbeiter für das gesamte Spektrum der Branche genutzt werden sollte.

Junge Leute, die für ihre Ausbildung und ihren Beruf Bereiche suchen, die ein möglichst hohes Maß an Zukunftssicherheit bieten, müssen davon überzeugt werden, dass dies nicht nur die z.Zt. die Diskussion beherrschenden IT-Unternehmen garantieren. Die Bayerischen Chemieverbände unterstützen daher die Biotechnologie, z.B. als Mitveranstalter durch den Einsatz des BioTech mobilis an bayerischen Gymnasien oder durch Veranstaltungen wie das Life Science Forum an der TU München im April 2001. Diese Maßnahmen zielen nicht nur auf den Ausbau dieser Technologie in Bayern, sondern sollen auch dazu beitragen, das Bild einer modernen, zukunftssträchtigen Industrie mit attraktiven Beschäftigungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit zu verdeutlichen.

Ehrenmitglieder (VBCI und LV-VCI)

Ekkehard Maurer, Icking
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Vorstand (VBCI und LV-VCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München-Düsseldorf (Vorsitzender)

Matthias M. Baltisberger, Penzberg	Dr. Jürgen F. Kammer, München
Dr. Peter Bekk, Pullach	Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim
Karl Gerhard Engels, München (bis April 01)	Dr.-Ing. Ernst Sommer, Burgkirchen †
Prof. Dr. Utz-Hellmuth Felcht, Trostberg	
Assessor Albert Franz, Obernburg	

Gesellschafts- und Tarifpolitischer Ausschuß (VBCI)

Assessor Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Alfred Bach, München	Dr. Hartmut Last, Bobingen
Dipl.-Ing. Günter Bechberger, Burghausen	Dr. Wolfgang Muhs, Pullach
Dr. Knut Hartmann, Bobingen/Gersthofen	Dipl.-Bw. Meinolf Pousset, Trostberg
Dipl.-Ing. Manfred Hillenbrand, Hallstadt	Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Dr. Bernhard Hofmann, Ismaning-Trostberg	Volker Woyke, Vohburg
Wil Ernst Huth, Starnberg	

Beirat (LV-VCI)

Dr. Heiko Böhme, Geretsried	Franz Miller, Augsburg
Dr. Walter Fritsch, Burghausen	Dr. Wolfgang Muhs, Pullach
Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach	Dr. Germán Paul, München
Silvio Claudio Gabriel, Nürnberg	Dipl.-Bw. Meinolf Pousset, Trostberg
Dr. Knut Hartmann, Bobingen/Gersthofen	Dr. Robert Römer, Burghausen
Dipl.-Ing. Manfred Hoffmann, Neuburg	Dr. Heinz-Gerd Smolka, Illertissen (bis Dez. 1999)
Dr. Hartmut Last, Bobingen	Dr. Rudolf Staudigl, München
Dr. Klaus von Lindeiner, München (bis Juni 2000)	Dr. Peter-Alexander Wacker, München

Wirtschaftspolitischer Ausschuß (VBCI)

Dr. Günter von Au, Burghausen-München	Dipl.-Kfm. Dieter Poech, Trostberg (bis Febr. 01)
Alfred Bach, München	Dr. Michael Rosenthal, München
Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt, Regensburg	Dr. Wolfgang Schnell, München
Dr. Peter Ehentraut, Neu-Ulm	Wolfgang Schumann, Geretsried
Dr. Walter Fritsch, Burghausen	Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Dipl.-Ing. Hans Heß, Nürnberg	Dipl.-Kfm. Gerhard Witzany, Schwandorf
Dipl.-Kfm. Alfred Höf, München	Volker Woyke, Vohburg
Peter Kurz, Fürth	Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Zippel, Ismaning

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuß (VBCI)

Hubert Friedmann, Penzberg (Vorsitzender)

Dipl.-Bw. Paul Altmann, Schwandorf	Dipl.-Bw. Raimund Mayer, München (bis April 2000)
Dr. Klaus Blum, München	Jochen Müller, Hallstadt
Uwe Dittrich, Töging (bis Mai 2000)	Dipl.-Oec. Wolf Ottmann, Höllriegelskreuth
Reinhard Franetzki, Gersthofen	Dr. Erich Reich, Kirchheim
Dipl.-Wirtschaftsing. Joachim Fütterer, Obernburg	Dipl.-Päd. Josef Reil, Burgkirchen
Bernhard Gerstenberg, München (bis Juni 2000)	Martin Reil, Neustadt
Ronald Hönsch, Trostberg	Michael Schaffer, München
Karola Japke, Bobingen	Dr. Jürgen Schneider, Nürnberg
Herbert Käbler, Burgkirchen	Prof. Dr. Karlheinz Schüssler, München
Assessor Hermann Kahlich, München	Lutz Steinmetz, Neu-Ulm (bis Sept. 1999)
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl	Dipl.-Bw. Dieter Tausend, Peißenberg
Assessor Hanno Krause, Burghausen	Hajo Timpke, Ismaning (bis Okt. 2000)
Assessorin Gabriele Kutz-Wenzel, Pullach	Jürgen Uhrhan, Burghausen
Heinz Löhr, Vohburg	Assessor Walter Vogg, München
	Assessor Gerd Winnefeld, Burghausen

Ältestenrat (VBCI) Ekkehard Maurer, Icking (Vorsitzender)

Dr. Hans Baur, München	Dr. Friedrich Lambert, Obernburg
Carl Hans Dürschmidt, Kitzbühel †	Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg
Dr. Friedhelm Finke, Icking	Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Obernburg
Dipl.-Ing. Wolf Dietrich Frowein, Prien	Dr. Walter Ringer, Lenggries
Dr. Helmut Gruber, Burghausen	Dr. Oskar Roscher, Burghausen †
Dr. Hans Georg Haas, Harthaus	Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Höllriegelskreuth	Dr.-Ing. Heinrich Schubert, Augsburg
Dr. Werner Kalb, München	Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß	Dr. Karl Wamsler, Pöcking
Senator h.c. Günther Klinge, Grünwald	Dr. Günter Weiland, München

Arbeitskreis / Vorsitz

Berufsausbildung (VBCI) Dr. Michael Wieser, Burghausen

Umweltfragen (LV-VCI) Dr.-Ing. Ernst Sommer, Burgkirchen †
Dr. Horst Kutzer, Burghausen (ab Nov. 2000)

Energiepolitik (LV-VCI) Horst Gehrcke, Vohburg (bis Febr. 2000)
Volker Woyke, Vohburg (ab März 2000)

Öffentlichkeitsarbeit (LV-VCI) Matthias M. Baltisberger, Penzberg

Nachwachsende Rohstoffe (LV-VCI) Neubesetzung erfolgt

Forschung – Bio- und Gentechnik, Katalyse (LV-VCI) Dr. Rudolf Staudigl, München
(bis Sept. 2000)

Dr. Winfried Kolbeck, München (ab Okt. 2000)

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim

Verband der Lackindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach

Geschäftsführung (VBCI und LV-VCI)

Hauptgeschäftsführer: Dr. jur. Peter Umfug

Geschäftsführer (VBCI):

Assessor Helmut Köhnlein
Franz Xaver Völkl

Referenten (VBCI):

Assessorin Christiane Hönig-Achhammer
Assessor Holger Kaiser
Assessor Stefan Mößner
Robert Schuder

Geschäftsführer (LV-VCI):

Dr. rer. nat. Josef L. Geller